

# „Wir können nicht warten“

CSU-Politiker Gauweiler fordert „konzertierte Aktion“ für Europas arbeitslose Jugendliche

Die SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel und Erhard Eppler haben vergangene Woche in einem Gastbeitrag in der SZ gefordert, dass die Bundesregierung zusätzlich sechs Milliarden Euro bereitstellen soll, um Europas arbeitslosen Jugendlichen zu helfen. Nun will der Europaskeptiker Peter Gauweiler, CSU, den Vorschlag aufgreifen.

## SZ: Herr Gauweiler, wie kommt es zu dieser überraschenden Koalition?

Peter Gauweiler: Sehen Sie, man kann die Debatte auf zwei Wegen führen. Entweder man betrachtet die Vorschläge der anderen Seite mit dem maximalen Willen zum Missverständnis – dann geht's ums Recht haben. Und natürlich könnte ich einiges sagen, warum der Euro ein Fehler war gerade für den Süden Europas. Oder aber wir sagen, jetzt ist der Dreck im Schachterl, und wir können nicht warten, bis der Streit um den Euro ausgetragen ist. Vogel und Eppler haben eine Diagnose politischer Befindlichkeiten geliefert. Diese beiden alten sozialdemokratischen Häuptlinge, die als Jünglinge die Kriegsjahre noch erlebten, die ein feines Sensorium dafür haben, was los ist, erinnern uns in ihrem Aufsatz an eine wichtige Selbstverständlichkeit: Uns kann's nicht gut gehen, wenn's den anderen schlecht geht. Und am Schluss schmeißen sie diesen Stein ins Wasser, für die arbeitslosen Jugendlichen Europas. Das hat mir gut gefallen.

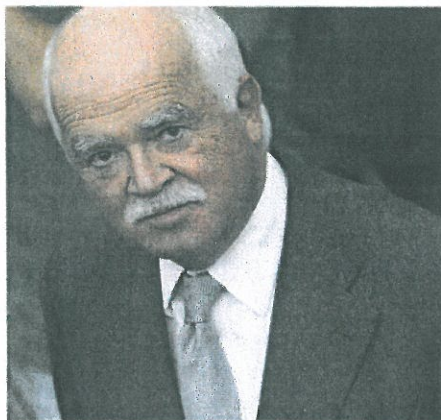
## Wie wollen Sie das aufgreifen?

Ich habe mir das Programm angeschaut, mit dem die EU-Kommission Jugendlichen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz garantieren will. Natürlich fallen die Schwächen ins Auge, da steckt ja immer viel heiße Luft drin. Oder aber, wir nehmen das Anliegen ernst und überlegen: Wie könnten wir für dieses Programm etwas anbieten, das wir sofort umsetzen könnten und das hilft, die Arbeitsmärkte örtlich wie-

der zum Atmen zu bringen? Deshalb schlage ich vor, dass wir flächendeckend an die deutschen Schulen und Bildungseinrichtungen im Ausland einen Berufsschulzweig anpfropfen.

## Der Bund soll Berufsschulen im Ausland finanzieren?

Der Bund fördert schon jetzt Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland – etwa über den Dachverband der Auslandsschulen oder das Goethe-Institut, das auch Erwachsenenbildung anbietet und bei einem solchen Berufsschulprogramm koordinierend tätig sein könnte. Man müsste die regionale Wirtschaft und deutsche Firmen im Ausland beteiligen. Darum könnten sich sofort unsere Außenhandelsvertretungen kümmern. Die Strukturen sind ja da. Und was hindert uns daran, Stipendien auch im Bereich der beruflichen Bildung auszuschreiben wie wir es über die Humboldt-Stiftung mit den Akademikern tun? Es ist ein Konzept, das eine gewisse Phantasie erfordert. Doch es hat den Charme, dass wir nicht nur Geld geben, sondern et-



Peter Gauweiler leitet den Unterausschuss für internationale Kultur und Bildungspolitik im Bundestag. FOTO: REUTERS

was ganz Konkretes machen. Jürgen Habermas – er dürfte allzu großer Nähe zu unsereinem unverdächtig sein – hat gerade wieder in einem Vortrag an der Universität Löwen daran erinnert, Solidarität bedeute nicht, Geld zu transferieren. Solidarität heiße, politischen Einfluss zu teilen.

## Vogel und Eppler haben vorgeschlagen, dass Deutschland das EU-Programm um sechs Milliarden aufstocken soll. Es ist bisher mit sechs Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 ausgestattet. Denken Sie an dieselbe Summe?

Um welchen Betrag es geht, muss man sehen. Wichtig ist, dass wir nicht einfach Geld nach Brüssel schicken, sondern einen theoretischen Programmansatz mit etwas eigenem Praktischen füllen. Wir brauchen eine Art „konzertierte Aktion“ vom Staat, Unternehmen und Politik. Und wir brauchen eine überparteiliche Initiative. Zuständig sind ja der Bundestag und die Länder, die schon für das Entstehen des Auslandsschulgesetzes zusammenarbeiten.

## Wen wollen Sie ins Boot holen?

Ich werde die Obleute meines Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ damit befassen. Ich bin ziemlich sicher, dass wir uns da einigen werden. Mit Ulla Schmidt, der früheren SPD-Gesundheitsministerin, habe ich bereits gesprochen. Sie ist begeistert von der Idee. Ich kann mir vorstellen, noch vor der Sommerpause in einer Anhörung zu klären, wie die technischen Details aussehen. Wir könnten die Realisierung noch in diesem Jahr angehen.

## Ist das in diesem Jahr mit Wahlkampf und Regierungsbildung realistisch?

Vielleicht lade ich die Beteiligten an den Starnberger See, wenn die Mai-Gewitter kommen. Da kann man gut reden.

INTERVIEW: CLAUDIA HENZLER